



**Dokumentation von Plagiatsfragmenten in Reden und Online-Texten von Annalena Baerbock  
aus den Jahren 2008 bis 2021**

**Vorläufiger Endstand: 25.09.2021, Anzahl der verifizierten Plagiatsfragmente: 61**

2008	
<p>Der europäische soziale Dialog ist ein einzigartiger und unverzichtbarer Bestandteil des europäischen Sozialmodells, dessen Grundlage im EG-Vertrag eindeutig definiert ist. Der Dialog umfasst Diskussionen, Konsultationen, Verhandlungen und gemeinsame Maßnahmen der Organisationen der Sozialpartner (Arbeitgeber und Arbeitnehmer).</p> <p><i>GD EMPL: Leistungsbeschreibung – Ausschreibung Nr. VT/2008/087 (18. September 2008)</i> <a href="https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=1362&amp;langId=de">https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=1362&amp;langId=de</a></p>	<p>Zu nennen ist auch der europäische soziale Dialog der Sozialpartner (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), dessen Grundlage im EG-Vertrag eindeutig definiert ist. Der Dialog umfasst Diskussionen, Konsultationen, Verhandlungen und gemeinsame Maßnahmen der Organisationen.</p> <p><i>Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europaratsitzung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008)</i> <a href="https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf">https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf</a></p>



Ein hohes Beschäftigungsniveau zu fördern gehört darüber hinaus zu den in Art. 2 EGV niedergelegten Aufgaben der Gemeinschaft. [...] Wie auch im Bereich der Sozialpolitik besaß die Gemeinschaft jedoch keine Kompetenz zur Entwicklung einer eigenständigen Beschäftigungspolitik. [...]

Nach wie vor verfügt die EU im Bereich der Beschäftigungspolitik weder über eine eigenständige Rechtsetzungskompetenz noch über finanzielle Ressourcen jenseits der begrenzten Möglichkeiten im Rahmen der EU-Strukturfonds. Zentrales Instrument der EU-Beschäftigungspolitik ist vielmehr die Offene Methode der Koordinierung. Diese beruht auf der gemeinschaftlichen Festsetzung politischer Ziele, deren Umsetzung jedoch in der Zuständigkeit der Nationalstaaten verbleibt.

Wikipedia: „Beschäftigungspolitik der Europäischen Union“ (Version vom 14. Mai 2008)

[https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Besch%C3%A4ftigungspolitik\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Union&oldid=42074078](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Besch%C3%A4ftigungspolitik_der_Europ%C3%A4ischen_Union&oldid=42074078)

Ein hohes Beschäftigungsniveau in der EU zu fördern gehört gemäß Artikel 2 EGV zwar zu den Aufgaben der EU. Allerdings besitzt die EU weder eine eigenständige Rechtsetzungskompetenz zur Entwicklung einer eigenständigen Beschäftigungspolitik noch verfügt sie über finanzielle Ressourcen jenseits der begrenzten Möglichkeiten im Rahmen der EU-Strukturfonds. Zentrales Instrument ist die Offene Methode der Koordinierung (OMK), in deren Rahmen gemeinschaftliche politische Ziele festgesetzt werden, deren Umsetzung jedoch in der Zuständigkeit der Nationalstaaten verbleibt.

Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europaratsitzung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008)

[https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Soziales\\_Europa/Hintergrundpapier\\_Europa\\_sozialer\\_gestalten.pdf](https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf)



Hier mischen sich vor allem Ziele zur nachhaltigen Finanzierung und damit Eindämmung der öffentlichen Kosten (bspw. für die Alterssicherung oder die Gesundheitsversorgung) mit Zielen, welche auf die Qualität der Versorgung ausgerichtet sind (wie etwa die Angemessenheit des Rentenniveaus oder der allgemeine Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung).

*Simone Leiber: Gestaltungsoption für ein »Soziales Europa«, Friedrich Ebert Stiftung (Juli 2007)*  
<https://library.fes.de/pdf-files/id/04811.pdf>

So werden Ziele für die Finanzierung der Versorgung (Beispielsweise Eindämmung der öffentlichen Kosten für die Gesundheitsversorgung) sowie für die Qualität der Leistungen (z.B. Rentenniveau) formuliert.

*Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europasisung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008)*  
[https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Soziales\\_Europa/Hintergrundpapier\\_Europa\\_sozialer\\_gestalten.pdf](https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf)



Wenn den binnenmarktbezogenen und wettbewerbsrechtlichen Prinzipien mehr sozialpolitische Ziele und Grundrechte an die Seite gestellt würden, [...] und sozialpolitische Ziele als Querschnittsaufgabe verankert.

*Simone Leiber: Gestaltungsoption für ein »Soziales Europa«, Friedrich Ebert Stiftung (Juli 2007)*  
<https://library.fes.de/pdf-files/id/04811.pdf>

Das Verhältnis zwischen binnenmarktbezogenen und wettbewerbsrechtlichen Prinzipien sowie sozialpolitischen Zielen und Grundrechten muss geklärt werden. So müssten dem Binnenmarktprinzip im Primärrecht sozialpolitische Ziele als Querschnittsaufgabe zur Seite gestellt werden.

*Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europaratsitzung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008)*  
[https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Soziales\\_Europa/Hintergrundpapier\\_Europa\\_sozialer\\_gestalten.pdf](https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf)



Deshalb stießen die EU-Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 den Prozess der sozialen Eingliederung an. Seither bietet die EU den Mitgliedstaaten einen Rahmen, in dem sie ihre nationalen Strategien entwickeln und ihre politischen Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung untereinander koordinieren können. Die Mitwirkung von vielen verschiedenen Akteuren ist ein wichtiger Teil dieses Prozesses. An ihm beteiligen sich Nichtregierungsorganisationen, Sozialpartner, Kommunal – und Regionalbehörden sowie Personen und Einrichtungen, die mit von Armut betroffenen Menschen arbeiten.

Andreas Strohbach: *Eine Europäische Union für alle Bürgerinnen und Bürger*, in: *BRAND aktuell* (2/2008)  
<https://docplayer.org/72083557-Tueroeffner-fuer-mehr-chancengerechtigkeit-staerkung-des-sozialen-zusammenhalts.html>

Zudem bietet die EU seit 2000 den Mitgliedstaaten einen Rahmen für den Prozess der sozialen Eingliederung an, in dem sie ihre nationalen Strategien entwickeln und ihre politischen Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung untereinander koordinieren können. Die Mitwirkung von Akteuren wie NRO, Sozialpartnern sowie Kommunal- und Regionalbehörden ist ein wichtiger Teil dieses Prozesses.

Baerbock: *„Europa sozialer gestalten“*, Inputpapier für die BAG Europasitzung zum Thema *„Soziales Europa“* (Juli 2008)  
[https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Soziales\\_Europa/Hintergrundpapier\\_Europa\\_sozialer\\_gestalten.pdf](https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf)



Ursprünglich **sollten** die arbeitsrechtlichen Vorschriften der EU **verhindern**, dass die Schaffung des Binnenmarktes **zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führt oder** den Wettbewerb verzerrt. [...]

Artikel 137 des EG-Vertrags verpflichtet die Gemeinschaft dazu, die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten zu unterstützen und zu ergänzen.

*Arbeitsrecht und Arbeitsorganisation (22 Juni 2008)*

[http://web.archive.org/web/20080622103110/http://ec.europa.eu/employment\\_social/labour\\_law/index\\_de.htm](http://web.archive.org/web/20080622103110/http://ec.europa.eu/employment_social/labour_law/index_de.htm)

So **sollte verhindert** werden, dass die Freiheiten des gemeinsamen Marktes **zu einer einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder Wettbewerbsverzerrung führen**. [...] So verpflichtet Artikel 137 des EG-Vertrags die Gemeinschaft dazu, die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten zu unterstützen und zu ergänzen.

*Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europasisung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008)*

[https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Soziales\\_Europa/Hintergrundpapier\\_Europa\\_sozialer\\_gestalten.pdf](https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf)



Diese Verordnungen harmonisieren nicht etwa die Sozialversicherungssysteme der EU Mitgliedstaaten, d.h. sie ersetzen nicht die verschiedenen nationalen Systeme durch ein einheitliches europäisches System, sondern sie koordinieren sie.

*Arbeitsrecht und Arbeitsorganisation (16 Februar 2008)*

[http://web.archive.org/web/20080216091305/http://ec.europa.eu/employment\\_social/social\\_security\\_schemes/index\\_de.htm](http://web.archive.org/web/20080216091305/http://ec.europa.eu/employment_social/social_security_schemes/index_de.htm)

Diese Verordnungen harmonisieren nicht etwa die Sozialversicherungssysteme der EU-Mitgliedstaaten, d.h. sie ersetzen nicht die verschiedenen nationalen Systeme durch ein einheitliches europäisches System, sondern sie koordinieren die gegenseitige Anerkennung von Leistungen.

*Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europasisung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008)*

[https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Soziales\\_Europa/Hintergrundpapier\\_Europa\\_sozialer\\_gestalten.pdf](https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf)



Daher kann jeder Mitgliedstaat selbst über die Einzelheiten seines Sozialversicherungssystems entscheiden, so auch darüber, welche Leistungen unter welchen Bedingungen und in welcher Höhe gewährt werden, solange er dabei das Grundprinzip der Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung beachtet.

*Arbeitsrecht und Arbeitsorganisation (16 Februar 2008)*

[http://web.archive.org/web/20080216091305/http://ec.europa.eu/employment\\_social/social\\_security\\_schemes/index\\_de.htm](http://web.archive.org/web/20080216091305/http://ec.europa.eu/employment_social/social_security_schemes/index_de.htm)

Somit kann jeder Mitgliedstaat selbst über die Einzelheiten seines Sozialversicherungssystems entscheiden, so auch darüber, welche Leistungen unter welchen Bedingungen und in welcher Höhe gewährt werden, solange er dabei das Grundprinzip der Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung beachtet.

*Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europaratsitzung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008)*

[https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Soziales\\_Europa/Hintergrundpapier\\_Europa\\_sozialer\\_gestalten.pdf](https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf)





Seit Kurzem fördert die EU eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Modernisierung der Sozialschutzsysteme, die überall in der EU ähnlichen Herausforderungen gegenüberstehen.

*Andreas Strohbach: Eine Europäische Union für alle Bürgerinnen und Bürger, in: BRAND aktuell (2/2008)*

<https://docplayer.org/72083557-Tueroeffner-fuer-mehr-chancengerechtigkeit-staerkung-des-sozialen-zusammenhalts.html>

Seit kurzem fördert die Europäische Union neben der Koordinierung der Anerkennungen von Sozialversicherungsleistungen bei Grenzüberschreitung eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Modernisierung der Sozialschutzsysteme, die überall in der EU ähnlichen Herausforderungen gegenüberstehen.

*Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europassitzung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008)*

[https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Soziales\\_Europa/Hintergrundpapier\\_Europa\\_sozialer\\_gestalten.pdf](https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf)



Dies umfaßt neben den traditionellen Sozialversicherungen gegen Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Berufsunfähigkeit Maßnahmen zur Regelung der Arbeitsbeziehungen, beschäftigungspolitische Maßnahmen oder auch familienpolitische und gleichstellungspolitische Maßnahmen.

*Thomas Benner: „Die soziale Dimension der europäischen Integration“ (1998)*

[https://www.gppi.net/media/Benner\\_1998\\_SiegenerSchriften\\_EUSocialPolicy.pdf](https://www.gppi.net/media/Benner_1998_SiegenerSchriften_EUSocialPolicy.pdf)

Denn dieser umfasst neben den traditionellen Sozialversicherungen auch Maßnahmen zur Regelung der Arbeitsbeziehungen, beschäftigungspolitische Maßnahmen sowie familienpolitische Maßnahmen.

[...]

Die Sozialschutzsysteme schützen im Rahmen der traditionellen Sozialversicherungen gegen Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Berufsunfähigkeit,

*Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europasisung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008)*

[https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Soziales\\_Europa/Hintergrundpapier\\_Europa\\_sozialer\\_gestalten.pdf](https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf)

*Anmerkung: Benner wird an anderen Stellen im Text zwar zitiert, aber an diesen Stellen fehlt die Referenz.*



Systeme des sozialen Schutzes sind innerhalb der Europäischen Union hoch entwickelt und **schützen** Personen gegen das **Risiko der Verarmung, das einhergeht mit** Arbeitslosigkeit, Gesundheitsproblemen und Invalidität, **Elternpflichten**, hohem Alter **oder mit dem Verlust des Partners oder eines Elternteils. Sie garantieren** ebenfalls **den Zugang zu den Diensten, die für ein Leben in Würde wesentlich sind.** Für die Organisation und die Finanzierung der Systeme des sozialen Schutzes sind die Mitgliedstaaten verantwortlich. Der Europäischen Union kommt jedoch **die besondere Rolle zu, durch Gesetzgebung zur Koordinierung der nationalen Sozialschutzsysteme sicher zu stellen, dass Personen, die sich über die Landesgrenzen bewegen und somit in den Geltungsbereich anderer Sozialschutzsysteme kommen, hinreichend geschützt sind.**

[...]

**Diese Verordnungen harmonisieren nicht etwa die Sozialversicherungssysteme der EU Mitgliedstaaten, d.h. sie ersetzen nicht die verschiedenen nationalen Systeme durch ein einheitliches europäisches System, sondern sie koordinieren sie.**

Die Sozialschutzsysteme **schützen** im Rahmen der traditionellen Sozialversicherungen gegen Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Berufsunfähigkeit, aber auch vor dem **Risiko der Verarmung, das einhergeht mit Elternpflichten, oder mit dem Verlust des Partners oder eines Elternteils. Sie garantieren** zudem **den Zugang zu Dienstleistungen, die für ein Leben in Würde wesentlich sind.** Für die Organisation und die Finanzierung der Sozialschutzsysteme sind die einzelnen Mitgliedstaaten selbst verantwortlich. Der Europäischen Union kommt lediglich **die besondere Rolle zu, durch entsprechende Gesetzgebung zur Koordinierung der einzelstaatlichen Sozialschutzsysteme zu gewährleisten, dass Menschen, die sich über die Landesgrenzen hinweg bewegen und somit in den Geltungsbereich anderer Sozialschutzsysteme kommen, hinreichend geschützt sind. Diese Verordnungen harmonisieren nicht etwa die Sozialversicherungssysteme der EU Mitgliedstaaten, d.h. sie ersetzen nicht die verschiedenen nationalen Systeme durch ein einheitliches europäisches System, sondern sie koordinieren die gegenseitige Anerkennung von Leistungen.**



<p>EU-ARBEITSPROGRAMM 2006: Bericht der Frau Bundesministerin für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz an das österreichische Parlament (2006) <a href="https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/III-BR/III-BR_00296/fnameorig_057867.html">https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/III-BR/III-BR_00296/fnameorig_057867.html</a></p>	<p>Baerbock: „Europa sozialer gestalten“, Inputpapier für die BAG Europaratsitzung zum Thema „Soziales Europa“ (Juli 2008) <a href="https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf">https://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Soziales_Europa/Hintergrundpapier_Europa_sozialer_gestalten.pdf</a></p>
<p><b>2009</b></p>	
<p>Eine deutliche Mehrheit der Iren stimmte für den Lissabon-Vertrag, Europa atmet auf. [...] Im Rest Europas wurde aufgeatmet, denn ein erneutes Nein hätte das Aus des Lissabon-Vertrags bedeutet und die EU in eine neue Krise gestürzt.</p> <p>Carsten Volkery: „Europa ist erleichtert über Irlands "Yes" (3.10.2009) <a href="https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-referendum-europa-ist-erleichtert-ueber-irlands-yes-a-653060.html">https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-referendum-europa-ist-erleichtert-ueber-irlands-yes-a-653060.html</a></p>	<p>Es ist geschafft – Europa atmet auf. [...] Denn ein erneutes Nein hätte das Aus des Lissabon-Vertrags bedeutet und die EU in eine neue Krise gestürzt.</p> <p>Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009) <a href="https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html">https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html</a></p>



Die Iren stimmen am 2. Oktober ein zweites Mal über den Vertrag von Lissabon ab. Dann wird sich zeigen, ob **die EU nach acht Jahren Diskussion und vielen Anläufen eine neue Vertragsgrundlage erhält.**

*Dominik Hierlemann: „Irlands zweiter Versuch“, Bertelsmann Stiftung (September 2009)*  
[http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms\\_bst\\_dms\\_29567\\_29583\\_2.pdf](http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf)

Damit entgeht **die EU** einem erneuten Debakel wie bei dem Referendum 2008 und ist **nach acht Jahren Diskussion und vielen Anläufen eine neuen Vertragsgrundlage** ein gutes Stück näher gerückt.

*Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)*  
<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html>



Beim EU-Gipfel am 18./19. Juni 2009 ließ sich Premierminister Brian Cowen eine Erklärung absegnen, mit der die größten Bedenken der irischen Wähler ausgeräumt werden sollen. Der Europäische Rat stellt klar, dass das irische Abtreibungsrecht durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ebenso unangetastet bleibt wie die Steuerhoheit und die traditionelle Politik der militärischen Neutralität. Außerdem darf auch weiterhin jeder Mitgliedstaat einen eigenen EU-Kommissar nominieren.

Dominik Hierlemann: „Irlands zweiter Versuch“, Bertelsmann Stiftung (September 2009)  
[http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms\\_bst\\_dms\\_29567\\_29583\\_2.pdf](http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf)

Als ausschlaggebender Faktor für den Meinungsumschwung innerhalb von 15 Monaten gilt die Wirtschaftskrise, die Irland besonders stark getroffen hat.

Carsten Volkery: „Europa ist erleichtert über Irlands "Yes" (3.10.2009)  
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-referendum-europa-ist-erleichtert-ueber-irlands-yes-a-653060.html>

Zwar ließ sich Premierminister Brian Cowen beim EU-Gipfel im Juni eine Erklärung absegnen, mit der die größten Bedenken der irischen Wähler ausgeräumt werden sollten. So stellte der Europäische Rat klar, dass das irische Abtreibungsrecht durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ebenso unangetastet bleibt wie die Steuerhoheit und die traditionelle Politik der militärischen Neutralität. Außerdem darf auch weiterhin jeder Mitgliedstaat einen eigenen EU-Kommissar nominieren.

Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)  
<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html>

Wirklich ausschlaggebender Faktor für den Meinungsumschwung innerhalb von 15 Monaten war jedoch die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Irland besonders stark getroffen hat.

Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)  
<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html>



Nimmt man die Zahlen des jüngsten Eurobarometers, dann denken 69 Prozent der Iren – gegenüber 53 Prozent im EU-Durchschnitt –, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU „eine gute Sache“ ist.

*Dominik Hierlemann: „Irlands zweiter Versuch“, Bertelsmann Stiftung (September 2009)*

[http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms\\_bst\\_dms\\_29567\\_29583\\_2.pdf](http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf)

[...] bewirkten, dass die eigentlich sehr pro-europäischen Iren – 69 Prozent der Iren gegenüber 53 Prozent im EU-Durchschnitt denken, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU „eine gute Sache“ sei, – beim ersten Referendum zu Hause blieben oder mit Nein stimmten.

*Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)*

<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html>



Zu den wichtigsten Protagonisten im Ja-Lager zählen neben den großen Regierungs- und Oppositionsparteien zahlreiche neue Akteure aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Die Vertragsbefürworter haben deutlich an Schlagkraft gewonnen und sind besser für die Zielgruppenansprache gerüstet als noch 2008. Zu den neuen Akteuren zählt u.a. „Ireland for Europe“ unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments Pat Cox, der von weiteren Prominenten aus Showgeschäft, Sport und Wirtschaft unterstützt wird. „We Belong“ und „Generation Yes“ richten sich besonders an junge Wähler, die beim vergangenen Referendum mehrheitlich mit „Nein“ stimmten.

*Dominik Hierlemann: „Irlands zweiter Versuch“, Bertelsmann Stiftung (September 2009)*

[http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms\\_bst\\_dms\\_29567\\_29583\\_2.pdf](http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf)

Zudem waren die Vertragsbefürworter diesmal besser für die Zielgruppenansprache gerüstet – gerade hinsichtlich junger Wähler und Wählerinnen, die beim vergangenen Referendum mehrheitlich mit Nein stimmten, – als noch im Jahr 2008. Neben den großen Regierungs- und Oppositionsparteien unterstützen zahlreiche neue Akteure aus der Zivilgesellschaft, Showgeschäft, Sport und der Wirtschaft das Ja-Lager, die Überzeugungsarbeit wurde direkt auf der Straße oder gar bei Hausbesuchen geleistet.

*Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)*

<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html>





<p>Etwas schwieriger ist die Lage <b>dagegen in der Tschechischen Republik: Staatspräsident Václav Klaus lässt keine Gelegenheit aus, die EU zu brandmarken und</b> mit juristischen Finten weitere Vertiefungsschritte zu verhindern.</p> <p><i>Dominik Hierlemann: „Irlands zweiter Versuch“, Bertelsmann Stiftung (September 2009)</i> <a href="http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf">http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf</a></p>	<p>Anders <b>dagegen</b> die Lage <b>in der Tschechischen Republik: Staatspräsident Václav Klaus lässt keine Gelegenheit aus, die EU zu brandmarken und</b> verzögert seine Unterschrift unter das bereits vom Parlament und Senat ratifizierte Werk immer wieder.</p> <p><i>Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)</i> <a href="https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html">https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html</a></p>
<p>Der tschechische Präsident <b>Vaclav Klaus</b> hat immer neue Wege gefunden, um <b>seine Unterschrift unter das bereits vom Parlament ratifizierte Werk zu verzögern</b>. Erst am Dienstag hatten <b>17 Senatoren, die Klaus nahestehen, eine zweite Verfassungsklage gegen den Lissabon-Vertrag eingereicht. Das gab Klaus die Gelegenheit zu erklären, das Gerichtsurteil abwarten zu wollen.</b></p> <p><i>Carsten Volkery: „Europa ist erleichtert über Irlands "Yes" (3.10.2009)</i> <a href="https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-referendum-europa-ist-erleichtert-ueber-irlands-yes-a-653060.html">https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-referendum-europa-ist-erleichtert-ueber-irlands-yes-a-653060.html</a></p>	<p>Staatspräsident <b>Václav Klaus</b> lässt keine Gelegenheit aus, die EU zu brandmarken und <b>verzögert seine Unterschrift unter das bereits vom Parlament und Senat ratifizierte Werk</b> immer wieder. So reichten am Dienstag vor dem irischen Referendum <b>17 Senatoren, die Klaus nahestehen, eine zweite Verfassungsklage gegen den Lissabon-Vertrag ein, was dem selbst ernannten „EU-Dissidenten“ die Gelegenheit gibt, nun erst wieder das Gerichtsurteil abwarten zu wollen.</b></p> <p><i>Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)</i> <a href="https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html">https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html</a></p>



<p>Es ist aber kaum vorstellbar, dass die Verfassungsrichter bei einer zweiten Prüfung anders entscheiden als noch im November 2008, als sie bereits einige umstrittene Vertragspassagen als verfassungskonform gebilligt hatten.</p> <p>Dominik Hierlemann: „Irlands zweiter Versuch“, Bertelsmann Stiftung (September 2009) <a href="http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf">http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf</a></p>	<p>Zwar ist kaum vorstellbar, dass die Verfassungsrichter bei einer zweiten Prüfung anders entscheiden als noch im November 2008.</p> <p>Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009) <a href="https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html">https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html</a></p>
<p>Der Vorsitzende der britischen Konservativen, David Cameron, hat den Tschechen Klaus in einem Brief gebeten, seine Unterschrift noch bis zur britischen Unterhauswahl im Frühjahr 2010 zu verweigern. [...]</p> <p>Seit Monaten tönen der Ober-Tory und seine Leute, dass sie den Lissabon-Vertrag "nicht auf sich beruhen" lassen wollen.</p> <p>Carsten Volkery: „Europa ist erleichtert über Irlands "Yes" (3.10.2009) <a href="https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-referendum-europa-ist-erleichtert-ueber-irlands-yes-a-653060.html">https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-referendum-europa-ist-erleichtert-ueber-irlands-yes-a-653060.html</a></p>	<p>Der Vorsitzende der britischen europaskeptischen Konservativen, David Cameron, hat Klaus in einem Brief gebeten, seine Unterschrift noch bis zur britischen Unterhauswahl im Mai/Juni 2010 zu verweigern. Seit Monaten tönen die Tories, dass sie den Lissabon-Vertrag nicht auf sich beruhen lassen wollen.</p> <p>Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009) <a href="https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html">https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html</a></p>



Ursprünglich sollte die Ratifikation in den 27 Mitgliedstaaten bis Ende des Jahres 2008 abgeschlossen sein, um ein Inkrafttreten am 1. Januar 2009 zu ermöglichen.

[...]

Als erstes Land ratifizierte Ungarn am 17. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon mit 325 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen.

Wikipedia: „Vertrag von Lissabon“ (Version vom 4. Oktober 2009)

[https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Vertrag\\_von\\_Lissabon&direction=prev&oldid=65242046](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Vertrag_von_Lissabon&direction=prev&oldid=65242046)

Am 17. Dezember 2007 ratifizierte Ungarn als erstes Land den Vertrag von Lissabon. Eigentlich sollte die Ratifikation dann bis Ende des Jahres 2008 abgeschlossen sein, um ein Inkrafttreten am 1. Januar 2009 zu ermöglichen.

Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)

<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html>



Wichtige Änderungen sind unter anderem:

- eine Ausweitung der gesetzgeberischen Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments, das nun in den meisten Politikbereichen dem Ministerrat gleichgestellt sein soll;
- die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat der Europäischen Union und [...]
- die Einführung eines „EU-Außenministers“ (allerdings unter der alten Bezeichnung Hoher Vertreter für die GASP), der vom Europäischen Rat ernannt wird und zugleich Vorsitzender des Außenministerrats und Vizepräsident der Kommission ist (Artikel 18);
- die Einrichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes, der sich aus Beamten der Kommission, des Ratssekretariats und der diplomatischen Dienste aller Mitgliedstaaten zusammensetzt;
- ...
- die Einführung eines europaweiten Bürgerbegehrens;

Wikipedia: „Vertrag von Lissabon“ (Version vom 4. Oktober 2009)

[https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Vertrag\\_von\\_Lissabon&direction=prev&oldid=65242046](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Vertrag_von_Lissabon&direction=prev&oldid=65242046)

So wichtig die Neuerungen des Lissabon-Vertrags sind – u.a.

Verbindlichkeit der Grundrechtecharta, Ausweitung der gesetzgeberischen Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments und der Mehrheitsentscheidungen im Rat, Einführung eines EU-Außenministers, eines gemeinsamen Auswärtigen Dienstes und eines europaweiten Bürgerbegehrens, etc. – so war der Weg dahin doch steinig und schmerzhaft.

Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)

<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html>



<p>David Cameron, der Vorsitzende der europaskeptischen Konservativen, hat für den Fall seines (wahrscheinlichen) Wahlsieges bereits angekündigt, dass er die britische Zustimmung zurückziehen und den Vertrag einer Volksabstimmung unterwerfen will.</p> <p><i>Dominik Hierlemann: „Irlands zweiter Versuch“, Bertelsmann Stiftung (September 2009)</i> <a href="http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf">http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf</a></p>	<p>Cameron hat für den Fall seines Wahlsieges bereits angekündigt, dass er die bereits erfolgte britische Zustimmung zurückziehen und den Vertrag einer Volksabstimmung unterwerfen will.</p> <p><i>Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)</i> <a href="https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html">https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html</a></p>
<p>Es fehlt das politische Personal, das mit Entschiedenheit und Verve diese Integration anstreben würde.</p> <p><i>Dominik Hierlemann: „Irlands zweiter Versuch“, Bertelsmann Stiftung (September 2009)</i> <a href="http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf">http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf</a></p>	<p>Es fehlt das politische Personal, das mit Entschiedenheit und Verve die weitere Integration wirklich anstrebt und diesen Mehrwert auch in die Gesellschaft kommuniziert.</p> <p><i>Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)</i> <a href="https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html">https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html</a></p>



Noch immer wird eher mit den zu erwartenden Kosten eines „Nein“ (u.a. Isolation Irlands in der EU, Abwandern von ausländischen Direktinvestitionen, Verstärkung der Wirtschaftskrise) argumentiert, als für ein überzeugendes „Ja“ zu werben.

Dominik Hierlemann: „Irlands zweiter Versuch“, Bertelsmann Stiftung (September 2009)

[http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms\\_bst\\_dms\\_29567\\_29583\\_2.pdf](http://aei.pitt.edu/11579/1/xcms_bst_dms_29567_29583_2.pdf)

Doch um dem Europadiskurs seine Glaubwürdigkeit zurückzugeben und Populisten den Boden zu entziehen, müssen die Widersprüche europapolitischer Maßnahmen anerkannt und politisch ausgefochten werden.

Isabell Hoffman: „Europakritik wird schick!“, Bertelsmann Stiftung (4. Juni 2009)

[https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/press/press-releases/press-release/pid/europakritik-wird-schick/?tx\\_rsmbstpress\\_pi2%5Bpage%5D=50&cHash=3f15b3414502e1187a3451b8d76a3fe5](https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/press/press-releases/press-release/pid/europakritik-wird-schick/?tx_rsmbstpress_pi2%5Bpage%5D=50&cHash=3f15b3414502e1187a3451b8d76a3fe5)

Auch jetzt in Irland wurde wieder eher mit den negativen Folgen eines Nein (wie wirtschaftliche Folgen oder Isolation in der EU) argumentiert, als wirklich überzeugend für ein Ja zu werben.

Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)

<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html>

Widersprüche europapolitischer Politiken müssen anerkannt und in der Öffentlichkeit auch politisch ausgefochten werden.

Baerbock: „Irland stimmt dem EU-Reformvertrag zu – Land in Sicht?“, Böll Stiftung (5. Oktober 2009)

<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-7584.html>



Erst vor kurzem haben hier die Bürger im benachbarten Gubin und Brody in Polen neue Tagebauplänen mit einem Volksentscheid erfolgreich Einhalt zu geboten. Auf der deutschen Seite versucht der Konzern Vattenfall weiterhin Dörfer und Lebensräume zu vernichten.

*Aufruf von Greenpeace vor der Demo (2009)*

<https://www.yumpu.com/de/document/read/6415588/klimaschutz-kennt-keine-grenzen-klimaschutz-kennt-greenpeace>

Erst vor kurzem gelang den BürgerInnen in Gubin und Brody in Polen das, was wir mit unserem Volksbegehren in Brandenburg leider nicht erreicht haben: neuen Tagebauplänen mit einem Volksentscheid erfolgreich Einhalt zu gebieten. Auf der deutschen Seite versucht der Konzern Vattenfall weiterhin Dörfer und Lebensräume zu vernichten.

*Beitrag Baerbock (29. November 2009)*

<https://annalena-baerbock.de/2009/11/29/klimaschutz-kennt-keine-grenzen>



2012	
<p>Die politischen Parteien auf europäischer Ebene wurden formal mit dem Vertrag von Maastricht 1992 eingeführt, allerdings bestanden auch schon vorher europaweite Parteienverbände.</p> <p>Wikipedia: „Europäische politische Partei“ (18. Juni 2012) <a href="https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Europ%C3%A4ische_politische_Partei&amp;oldid=104543395">https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Europ%C3%A4ische_politische_Partei&amp;oldid=104543395</a></p>	<p>Keine leichte Aufgabe, zumal die politischen Parteien auf europäischer Ebene formal erst mit dem Vertrag von Maastricht 1992 eingeführt wurden, selbst wenn auch schon vorher europaweite Parteienverbände bestanden.</p> <p>Baerbock: „Die EGP, die EG... was?“, Boell (28. Juni 2012) <a href="https://www.boell.de/de/demokratie/europa-nordamerika-europaeische-parteien-egp-14990.html">https://www.boell.de/de/demokratie/europa-nordamerika-europaeische-parteien-egp-14990.html</a></p>





Vor der Europawahl 2004 entstand schließlich aus der Europäischen Föderation Grüner Parteien die Europäische Grüne Partei (EGP), die sich als erste europäische Partei nicht mehr nur aus ihren Mitgliedsparteien zusammensetzte, sondern auch Einzelpersonen eine Mitgliedschaft ermöglichte. Zudem führte die EGP als erste Partei eine europaweit einheitliche Wahlkampagne mit einem gemeinsamen Manifest.

Wikipedia: „Europäische politische Partei“ (18. Juni 2012)  
[https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Europ%C3%A4ische\\_politische\\_Partei&oldid=104543395](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Europ%C3%A4ische_politische_Partei&oldid=104543395)

Und es dauerte bis zur Europawahl 2004 bis mit der Europäischen Grünen Partei (davor noch Europäischen Föderation Grüner Parteien) eine europäische Partei eine europaweit einheitliche Wahlkampagne mit einem gemeinsamen Manifest führte.

Baerbock: „Die EGP, die EG... was?“, Boell (28. Juni 2012)  
<https://www.boell.de/de/demokratie/europa-nordamerika-europaeische-parteien-egp-14990.html>



2013	
<p>Er enthält nun keine "Aufforderung" mehr, Reduktionsverpflichtungen ("commitments") an das UN-Klimasekretariat zu melden, sondern lediglich die "Einladung", bis zum ersten Quartal 2015 "Beiträge" ("contributions") zu nennen. Und das auch nur von Ländern, "die dazu bereit sind".</p> <p><i>Lea Meister et al.: „Die Beschlüsse von Warschau“ (23. Nov. 2013)</i> <a href="http://www.klimaretter.info/klimakonferenz/klimagipfel-warschau/hintergrund/15133-die-beschluesse-von-warschau">http://www.klimaretter.info/klimakonferenz/klimagipfel-warschau/hintergrund/15133-die-beschluesse-von-warschau</a></p>	<p>Der angenommene Kompromiss enthält keine "Aufforderung", Reduktionsverpflichtungen ("commitments") an das UN-Klimasekretariat zu melden, sondern lediglich die "Einladung" für die Länder „die bereit sind“ bis zum ersten Quartal 2015 "Beiträge" ("contributions") zu nennen, ohne dass diese aber bereits als eine Festlegung verstanden werden dürfen.</p> <p><i>Baerbock: „COP 19 in Warschau“ (9. Dezember 2013)</i> <a href="https://annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2013/12/Bericht_Klimakonferenz_COP19_Baerbock_web.pdf">https://annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2013/12/Bericht_Klimakonferenz_COP19_Baerbock_web.pdf</a></p>



Die Industrieländer bekennen sich nochmals zu ihrer 2010 auf dem Klimagipfel in Cancún beschlossenen Verpflichtung, die Entwicklungsländer ab 2020 mit jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen.

*Lea Meister et al.: „Die Beschlüsse von Warschau“ (23. Nov. 2013)*  
<http://www.klimaretter.info/klimakonferenz/klimagipfel-warschau/hintergrund/15133-die-beschluesse-von-warschau>

Die Industrieländer haben sich lediglich noch einmal zu ihrer bereits beschlossenen Verpflichtung bekannt, die Entwicklungsländer ab 2020 mit jährlich 100 Milliarden US-Dollar beim Klimaschutz zu unterstützen.

*Baerbock: „COP 19 in Warschau“ (9. Dezember 2013)*  
[https://annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2013/12/Bericht\\_Klimakonferenz\\_COP19\\_Baerbock\\_web.pdf](https://annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2013/12/Bericht_Klimakonferenz_COP19_Baerbock_web.pdf)



Wie genau **das Geld** zusammenkommen **soll** (der Fachbegriff lautet "Aufwuchs"), **bleibt weiter** vage. **Die Industrieländer werden lediglich mit Nachdruck aufgefordert, bei der Mobilisierung des Geldes "Kontinuität" walten zu lassen.**

*Lea Meister et al.: „Die Beschlüsse von Warschau“ (23. Nov. 2013)*  
<http://www.klimaretter.info/klimakonferenz/klimagipfel-warschau/hintergrund/15133-die-beschluesse-von-warschau>

Woher **das Geld** dann aber tatsächlich kommen **soll** bleibt weiter ungewiss. **Die Industrieländer werden lediglich mit Nachdruck aufgefordert, bei der Mobilisierung des Geldes "Kontinuität" erkennen zu lassen.**

*Baerbock: „COP 19 in Warschau“ (9. Dezember 2013)*  
[https://annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2013/12/Bericht\\_Klimakonferenz\\_COP19\\_Baerbock\\_web.pdf](https://annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2013/12/Bericht_Klimakonferenz_COP19_Baerbock_web.pdf)

2014



Das Credo der Deutschen Umwelthilfe: „Deutschland kann nicht Energiewendeland sein und Kohleland bleiben“.

[...]

Sie verdrängten klimafreundlichere Gaskraftwerke.

*Gerd Rosenkranz in: Deutsche Umwelthilfe 1/2014 (27. März 2014)*

[https://issuu.com/deutscheumwelthilfe/docs/duhwelt\\_1\\_2014](https://issuu.com/deutscheumwelthilfe/docs/duhwelt_1_2014)

Nachdem es die Amerikaner begriffen haben, müssen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und SPD, begreifen: Deutschland kann nicht Energiewendeland werden wollen und gleichzeitig Kohleland bleiben; das geht nicht.

[...]

Es kann doch nicht sein, dass die Gaskraftwerke mittlerweile vollkommen aus dem Markt gedrängt werden.

*Rede im Bundestag (4. Juli 2014)*

<https://annalena-baerbock.de/2014/07/05/kohleausstieg-einleiten-rede-am-04-07-2014>



So erklärt Klaus Töpfer, einstiger Bundesumweltminister und einstiger Chef der UN-Umweltbehörde Unep: „Einen unkontrollierbaren Klimawandel können wir nur verhindern, wenn der größte Teil der weltweiten Kohlevorräte unter der Erde bleibt. Was Deutschland hier tut oder unterlässt, hat weltweit eine Signalfunktion.“

*Hanna Gersmann: „Sofort raus aus der Kohle“, taz (13. April 2014)*  
<https://taz.de/Forderung-des-Weltklimarats!/5044304>

Einen unkontrollierbaren Klimawandel können wir nur verhindern, wenn der größte Teil der weltweiten Kohlevorräte dort bleibt, wo er ist, nämlich unter der Erde.

*Rede im Bundestag (4. Juli 2014)*

<https://annalena-baerbock.de/2014/07/05/kohleausstieg-einleiten-rede-am-04-07-2014>

2015



<p>In der am Mittwoch in Potsdam tagenden Landesplanungskonferenz debattieren Regierungsvertreter der beiden Bundesländer über die Planungen für neue Braunkohlegruben in Brandenburg. Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte bereits im Januar mit den Stimmen aller Fraktionen den Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller aufgefordert, wegen des geplanten neuen Tagebaus Welzow-Süd II die gemeinsame Landesplanungskonferenz unverzüglich einzuberufen. Das Land Berlin sieht die Vorhaben kritisch wegen der massiven negativen Auswirkungen auf das Berliner Trinkwasser und Folgen für den Klimawandel.</p> <p>Axel Kruschat: „Landesplanungskonferenz Berlin-Brandenburg“, Die Dorfzeitung (7. September 2015)</p> <p><a href="https://die-dorfzeitung.de/landesplanungskonferenz-berlin-brandenburg/">https://die-dorfzeitung.de/landesplanungskonferenz-berlin-brandenburg/</a></p>	<p>Dort debattierten die Regierungschefs der beiden Bundesländer Dietmar Woidke und Michael Müller auch die Planungen für neue Braunkohlegruben in Brandenburg. Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte bereits im Januar mit den Stimmen aller Fraktionen den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, aufgefordert, wegen des geplanten neuen Tagebaus Welzow-Süd II in Brandenburg die gemeinsame Landesplanungskonferenz unverzüglich einzuberufen. Das Land Berlin sieht die Vorhaben kritisch wegen der massiven negativen Auswirkungen auf das Berliner Trinkwasser und Folgen für den Klimawandel.</p> <p>Baerbocks Beitrag (9. September 2015)</p> <p><a href="https://annalena-baerbock.de/2015/09/09/berlin-und-brandenburg-setzen-weiter-auf-braunkohle/">https://annalena-baerbock.de/2015/09/09/berlin-und-brandenburg-setzen-weiter-auf-braunkohle/</a></p>
<p>2016</p>	



Das Credo der Deutschen Umwelthilfe: "Deutschland kann nicht Energiewendeland sein und Kohleland bleiben."

*Gerd Rosenkranz in: Deutsche Umwelthilfe 1/2014 (27. März 2014)*  
[https://issuu.com/deutscheumwelthilfe/docs/duhwelt\\_1\\_2014](https://issuu.com/deutscheumwelthilfe/docs/duhwelt_1_2014)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland kann nicht Energiewendeland sein und Kohleland bleiben.

*Rede im Bundestag (12. Mai 2016)*  
<https://annalena-baerbock.de/2016/05/13/rede20160512>

2017





Am 21. März 1933 fand in der Garnisonkirche der Festakt zur konstituierenden Sitzung des Reichstages statt. Der Festakt wurde kurzfristig zur Garnisonkirche umverlegt, da er im Reichstagsgebäude aufgrund des Reichstagsbrandes nicht stattfinden konnte. Nachträglich nutzten die Nationalsozialisten den Schnappschuss eines US-amerikanischen Fotografen vom kurzen Handschlag Adolf Hitlers mit Reichspräsident Paul von Hindenburg propagandistisch aus, um das Ereignis zum „Tag von Potsdam“ zu überhöhen, was wiederum der DDR den Vorwand gab, die Kirche als angebliches Symbol des deutschen Militarismus sprengen zu lassen.

Wikipedia: Garnionskirche (Potsdam) (Version vom 27. März 2017)  
[https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Garnisonkirche\\_\(Potsdam\)&oldid=163994001](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Garnisonkirche_(Potsdam)&oldid=163994001)

In der einstigen Hof- und Militärkirche Preußens fand am 21. März 1933 – nach dem Reichstagsbrand –, begleitet von Protesten der Kirchenleitung, der Festakt zur konstituierenden Sitzung des Reichstages statt. Den dortigen Handschlag Adolf Hitlers mit dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg nutzten die Nationalsozialisten, um das Ereignis zum „Tag von Potsdam“ zu überhöhen, was wiederum in der DDR dazu genutzt wurde, die Kirche als angebliches Symbol des deutschen Militarismus sprengen zu lassen.

*Rede im Bundestag zur Beratung der Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE gegen den Wiederaufbau der Garnionskirche (30. März 2017)*  
<https://annalena-baerbock.de/2017/04/03/rede-garnionskirche>



Kritik am geplanten Wiederaufbau der Garnisonkirche äußerte auch Detlef Karg, Direktor des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege. Er kritisierte, dass sich die evangelische Landeskirche am Wiederaufbau der Garnisonkirche beteiligen wolle, zugleich aber die 1.164 Dorfkirchen und 700 Stadtpfarrkirchen in Brandenburg ernsthaft gefährdet seien. Es sei „nicht Aufgabe der Denkmalpflege, einen verlorenen Bau wieder aufzurichten. ... Wenn man in Potsdam am alten Standort eine Kirche bauen will, kann man das auch in der heutigen Architektursprache tun.“

Wikipedia: Garnisonskirche (Potsdam) (Version vom 27. März 2017)  
[https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Garnisonkirche\\_\(Potsdam\)&oldid=163994001](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Garnisonkirche_(Potsdam)&oldid=163994001)

In diesem Sinne kann ich nur an die Worte des ehemaligen obersten Brandenburgischen Denkmalschützers Detlef Karg erinnern, der im Februar 2012 zu dem geplanten Bau sagte, es sei „nicht Aufgabe der Denkmalpflege, einen verlorenen Bau wieder aufzurichten. ... Wenn man in Potsdam am alten Standort eine Kirche bauen will, kann man das auch in der heutigen Architektursprache tun.“ Er verwies in seiner Kritik, an die Adresse der Evangelischen Kirche gerichtet, insbesondere darauf, dass im Land Brandenburg 1 164 Dorfkirchen und 700 Stadtpfarrkirchen in ihrer Bausubstanz ernsthaft gefährdet seien.

Rede im Bundestag zur Beratung der Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE gegen den Wiederaufbau der Garnisonskirche (30. März 2017)  
<https://annalena-baerbock.de/2017/04/03/rede-garnisonskirche>  
Anmerkung: die Sekundärquelle wird plagiiert (Wikipedia) und nicht die Primärquelle (Detlef Karg).



Ihr gehören in Deutschland derzeit 63 Orte mit regelmäßigem Versöhnungsgebiet in 49 Städten an; [...]

Die Ziele der weltweiten Nagelkreuzgemeinschaft sind nicht ausschließlich auf die Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg ausgerichtet, sondern lauten:

- Wunden der Geschichte heilen,
- Mit Verschiedenheiten leben und die Vielfalt feiern,
- An einer Kultur des Friedens bauen.

[...]

Zu den Mitgliedern der Nagelkreuzgemeinschaft gehören in Deutschland zum Beispiel:

[...]

- in Potsdam:
  - Stiftung Garnisonkirche – Internationales Versöhnungszentrum (seit 2004)

Wikipedia: Nagelkreuz von Coventry (Version vom 23. Dezember 2016)

[https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Nagelkreuz\\_von\\_Coventry&oldid=160907846](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Nagelkreuz_von_Coventry&oldid=160907846)

Unsere Ablehnung der öffentlichen Förderung bedeutet jedoch nicht, dass wir das Anliegen der Nagelkreuzgemeinschaft, wovon das Garnisonkirchen-Projekt seit 2004 Mitglied ist, nicht auch als Grüne teilen würden. Die Ziele der weltweiten Nagelkreuzgemeinschaft lauten neben der Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg: Wunden der Geschichte heilen, mit Verschiedenheiten leben und die Vielfalt feiern, an einer Kultur des Friedens bauen. Allein in Deutschland sind das 63 Orte in 49 Städten.

*Rede im Bundestag zur Beratung der Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche (30. März 2017)*

<https://annalena-baerbock.de/2017/04/03/rede-garnisonkirche>



<p>Adolf Hitler war zwei Stunden in der Garnisonkirche. Aus der gleichen Kirchgemeinde sind aber mehr als zwanzig Männer und Frauen hingerichtet worden, weil sie gegen Hitler waren.</p> <p>TAS: „Die Garnisonkirche war keine Nazi-Kirche“ (20. Juli 2014) <a href="https://www.tagesspiegel.de/berlin/manfred-stolpe-im-interview-die-garnisonkirche-war-keine-nazi-kirche/10223050.html">https://www.tagesspiegel.de/berlin/manfred-stolpe-im-interview-die-garnisonkirche-war-keine-nazi-kirche/10223050.html</a></p>	<p>Adolf Hitler war zwei Stunden in der Garnisonkirche. Aus der gleichen Kirchgemeinde sind aber mehr als zwanzig Männer und Frauen hingerichtet worden, weil sie gegen Hitler waren.</p> <p>Rede im Bundestag zur Beratung der Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE gegen den Wiederaufbau der Garnisonskirche (30. März 2017) <a href="https://annalena-baerbock.de/2017/04/03/rede-garnisonskirche">https://annalena-baerbock.de/2017/04/03/rede-garnisonskirche</a></p>
<p>Die Zeit drängt: Da die Baugenehmigung für den Turm Ende 2019 abläuft, muss das Bauwerk nach brandenburgischem Baurecht spätestens ein Jahr später fertiggestellt sein.</p> <p>Potsdamer Neuste Nachrichten: „Nein zum Parkeintritt, klares Ja zur Garnisonkirche“ (12. November 2016) <a href="https://www.pnn.de/potsdam/potsdam-nein-zum-parkeintritt-klares-ja-zur-garnisonkirche/21389088.html">https://www.pnn.de/potsdam/potsdam-nein-zum-parkeintritt-klares-ja-zur-garnisonkirche/21389088.html</a></p>	<p>Doch die Stiftung steht unter Druck: Da die Baugenehmigung für den Turm Ende 2018 abläuft, muss das Bauwerk nach brandenburgischem Baurecht spätestens ein Jahr später fertiggestellt sein. Ob diese Kirche so die Stadt trifft, ist mehr als fraglich.</p> <p>Rede im Bundestag zur Beratung der Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE gegen den Wiederaufbau der Garnisonskirche (30. März 2017) <a href="https://annalena-baerbock.de/2017/04/03/rede-garnisonskirche">https://annalena-baerbock.de/2017/04/03/rede-garnisonskirche</a></p>



Die EU ist das Wertvollste, was unser Kontinent je geschaffen hat. Sie ist seit ihrer Geburtsstunde ein Garant für Frieden und Aussöhnung. Wir haben trennende Grenzen überwunden und sind so eng wie niemals zuvor zusammengewachsen. Und Zypern hat jetzt die Chance, diesen europäischen Geist des Friedens und der Aussöhnung wieder konkret mit Leben zu füllen.

Manuel Sarrazin: „Zypern: Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen sei ein gutes Zeichen.“ (11. April 2017)  
<https://tp-presseagentur.de/zypern-wiederaufnahme-der-friedensverhandlungen-sei-ein-gutes-zeichen/>

Europa. Die EU ist das Wertvollste, was unser Kontinent je geschaffen hat. Wir haben trennende Grenzen überwunden und sind so eng wie niemals zuvor zusammengewachsen. Und Zypern hat jetzt die Chance, diesen europäischen Geist des Friedens und der Aussöhnung wieder konkret mit Leben zu füllen.

Baerbock: „Die Lehren aus dem Brexit-Referendum für die Europapolitik – Impulse für die Abschlussdiskussion“, in: Sammelband „Das Brexit-Referendum: Lehren für die Europa-Politik“, Evangelische Akademie Loccum. (12. September 2017)

Wir wissen aus eigener Erfahrung nur zu gut, wie herausfordernd die Vereinigung zweier Systeme, das Zusammenwachsen von Menschen unterschiedlicher Prägung ist.

Manuel Sarrazin: „Zypern: Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen sei ein gutes Zeichen.“ (11. April 2017)  
<https://tp-presseagentur.de/zypern-wiederaufnahme-der-friedensverhandlungen-sei-ein-gutes-zeichen/>

Eine Vereinigung zweier Systeme, ein Zusammenwachsen von Menschen unterschiedlichster Prägung ist nie einfach und immer wieder auch von Rückschlägen geprägt.

Baerbock: „Die Lehren aus dem Brexit-Referendum für die Europapolitik – Impulse für die Abschlussdiskussion“, in: Sammelband „Das Brexit-Referendum: Lehren für die Europa-Politik“, Evangelische Akademie Loccum. (12. September 2017)



### Opfer und Angehörige nicht im Stich lassen

Zum Jahrestag des Terroranschlags auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz erklären die Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter: Ein Jahr nach dem bisher schlimmsten islamistischen Terroranschlag in der Geschichte dieses Landes haben wir noch immer die schrecklichen Bilder vor Augen. 12 Menschen wurden ermordet, Dutzende verletzt, einige von ihnen sind noch immer nicht vollständig genesen.[...]

Ein Jahr nach der Tat kämpfen viele der Opfer und ihre Angehörigen nicht nur weiter gegen den Schmerz und Verlust, sondern auch mit bürokratischen Hürden und komplizierten Entschädigungsverfahren. [...] Die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten und ihrer Hinterbliebenen muss dringend verbessert und die Verfahren hierzu vereinfacht werden.

[...]

Seit langem fordern wir parlamentarische Aufklärung auch im Bundestag und haben nun die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt.

### Opfer und Angehörige nicht im Stich lassen

Zum Jahrestag des Terroranschlags auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz sind uns die schrecklichen Bilder wieder vor Augen. Es war ein abscheulicher Mord an 12 unschuldigen Menschen. Aber ein Jahr nach der Tat kämpfen viele der Opfer und ihre Angehörigen nicht nur weiter gegen den Schmerz und Verlust, sondern auch mit bürokratischen Hürden und komplizierten Entschädigungsverfahren. Die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten und ihrer Hinterbliebenen muss dringend verbessert und die Verfahren hierzu müssen vereinfacht werden. Die parlamentarische Aufklärung der Fehler muss auch im Bundestag endlich konsequent in einem Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden.

*Pressemitteilung Baerbock (19. Dezember 2017, 11:15)*

<https://annalena-baerbock.de/2017/12/19/opfer-und-angehoerige-nicht-im-stich-lassen>



*Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter: "Ein Jahr nach dem Berliner Terroranschlag – Opfer und Angehörige nicht im Stich lassen" (18. Dezember 2017)*

<http://tp-presseagentur.de/gdp-zum-jahrestag-des-terroranschlages-an-der-berliner-gedaechtniskirche>



„Das ist hanebüchen“, sagt Notz. Er fragt außerdem, warum ein „dringend alarmierender Hinweis der marokkanischen Sicherheitsbehörden im Sande verlief“.

*Maria Fiedler und Frank Jansen: "Die offenen Fragen im Fall Anis Amri", Tagesspiegel (19. Dezember 2017, 9:02)*

<https://www.tagesspiegel.de/politik/anschlag-vom-breitscheidplatz-die-offenen-fragen-im-fall-anis-amri/20740028.html>

Es ist unglaublich, dass ein dringender alarmierender Hinweis der marokkanischen Behörden vor dem Anschlag im Sande verlief.

*Pressemitteilung Baerbock (19. Dezember 2017, 11:15)*

<https://annalena-baerbock.de/2017/12/19/opfer-und-angehoerige-nicht-im-stich-lassen> („marokkanischen“ bei Baerbock)





2018	
<p>Der Tagebau Jänschwalde droht zudem bis auf wenige Meter an Taubendorf heranzurücken. Die Gemeinde Schenkendöbern fordert in einem Brief an die Landesplanungsbehörde einen größeren Abstand des Tagebaues zum Dorf, um die Bewohner vor Lärm und Staub zu schützen.</p> <p>Eine Ausdehnung des Tagebaus bis Taubendorf wäre zudem nur durch die Enteignung privater Waldgrundstücke durchsetzbar – in den Zeiten der Energiewende ein absurder Vorgang.</p> <p>GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus: "Protestwanderung gegen Tagebauschäden von Kerkwitz nach Taubendorf am 7. Januar" (14. Dezember 2017) <a href="https://www.kein-tagebau.de/index.php/de/29-aktuell/pressemitteilung/338-protestwanderung-gegen-tagebauschaden-von-kerkwitz-nach-taubendorf-am-7-januar">https://www.kein-tagebau.de/index.php/de/29-aktuell/pressemitteilung/338-protestwanderung-gegen-tagebauschaden-von-kerkwitz-nach-taubendorf-am-7-januar</a></p>	<p>Der Tagebau Jänschwalde droht bis auf wenige Meter an Taubendorf heranzurücken. Die Gemeinde Schenkendöbern fordert in einem Brief an die Landesplanungsbehörde einen größeren Abstand des Tagebaus zum Dorf, um die Bewohner vor Lärm und Staub zu schützen. Eine Ausdehnung des Tagebaus bis Taubendorf wäre zudem nur durch die Enteignung privater Waldgrundstücke durchsetzbar – „in Zeiten der Energiewende ein absurder Vorgang“, meint Annalena Baerbock.</p> <p>Pressemitteilung Baerbock / Schinowsky (8. Januar 2018) <a href="https://annalena-baerbock.de/2018/01/08/pmprotestwanderung-in-der-lausitz-unzureichendes-handeln-der-landesregierung">https://annalena-baerbock.de/2018/01/08/pmprotestwanderung-in-der-lausitz-unzureichendes-handeln-der-landesregierung</a></p>



In der Summe bedeutet das, dass aufgrund demografischer Veränderungen und der noch nicht erfüllten **Elternwünsche** in Deutschland **bis 2025 bis zu 308.000 U3-Plätze, rund 296.000 Ü3-Plätze sowie fast 492.000 Plätze für Grundschul Kinder in Horten (134.000) und Ganztagschulen (358.000) fehlen. Zusammen genommen würden somit in den Jahren bis 2025 fast 1,1 Mio. zusätzliche Betreuungsplätze notwendig.**

*Rauschenbach et al.: "Plätze. Personal. Finanzen – der Kita-Ausbau geht weiter" (15. September 2017)*

[https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2017/rauschenbach\\_s chilling\\_plaetze\\_personal\\_finanzen.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2017/rauschenbach_s chilling_plaetze_personal_finanzen.pdf)

Jüngste Berechnungen, wie sich der Bedarf bis 2025 unter Einbeziehung der Grundschul Kinder und unter Berücksichtigung der **Elternwünsche** entwickelt, zeichnen ein noch deutlicheres Bild: **Bis 2025** würden demnach **bis zu 308 000 U3-Plätze, rund 296 000 Ü3-Plätze sowie fast 492 000 Plätze für Grundschul Kinder in Horten (134 000) und Ganztagschulen (358 000) fehlen. Zusammen genommen würden somit in den Jahren bis 2025 fast 1,1 Millionen zusätzliche Betreuungsplätze notwendig**, was deutlich über dem liegt, was in den zurückliegenden zehn Jahren geschaffen wurde.

*Antwort an die Kleine Anfrage an die Bundesregierung von Baerbock et al. (21. Juni 2018)*

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/029/1902928.pdf>

*Anmerkung: Baerbock und andere Grüne, Quelle wird weiter oben erwähnt.*



Dies ist jedoch mit den bislang verfügbaren oder angedachten Strategien der Fachkräftegewinnung allein nicht mehr zu erreichen. Ohne eine politisch erzielte, grundlegende und nationalstaatlich ausgerichtete Fachkraftoffensive und einer Aufwertung der Frühen Bildung wird dieser Fehlbedarf nicht im Ansatz zu realisieren sein.

*Rauschenbach et al.: "Plätze. Personal. Finanzen – der Kita-Ausbau geht weiter" (15. September 2017)*

[https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2017/rauschenbach\\_s\\_chilling\\_plaetze\\_personal\\_finanzen.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2017/rauschenbach_s_chilling_plaetze_personal_finanzen.pdf)

Mit den bislang verfügbaren oder angedachten Strategien der Fachkräftegewinnung allein ist nach Einschätzung der Fragesteller die Gewinnung ausreichender Fachkräfte nicht zu erreichen. Ohne eine gezielte, grundlegende und vom Bund geförderte Fachkraftoffensive und eine Aufwertung der frühen Bildung wird der Fachkräftebedarf kaum zu decken sein.

*Antwort an die Kleine Anfrage an die Bundesregierung von Baerbock et al. (21. Juni 2018)*

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/029/1902928.pdf>

*Anmerkung: Baerbock und andere Grüne*



Es war das teuerste Jahr der Geschichte für Versicherungen. Vor allem Naturkatastrophen kosteten die Branche 2017 weltweit rund 135 Milliarden Dollar, mehr als je zuvor.

In Deutschland verursachten Naturereignisse wie Stürme, Hagel und Starkregen vergangenes Jahr Schäden von zwei Milliarden Euro, wie der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) mitteilt.

*Theresa Dräbing: „Wer zahlt bei Unwetterschäden?“, Frankfurter Rundschau (15. Januar 2018)*

<https://www.fr.de/wirtschaft/zahlt-unwetterschaeden-10987480.html>

2017 war das teuerste Jahr der Geschichte für Versicherungen. Naturkatastrophen verursachten weltweit versicherte Schäden von rund 135 Milliarden Dollar, mehr als je zuvor. In

Deutschland verursachten Naturereignisse wie Stürme, Hagel und Starkregen vergangenes Jahr Schäden von schwindelerregenden zwei Milliarden Euro.

*„Aktionsplan“ von Baerbock (4. August 2018)*

<https://annalena-baerbock.de/2018/08/04/aktionsplan-klimafolgen>



„Für den möglichen Fall großer Waldbrände braucht es ausreichende Spezialisten und eine gute Ausrüstung zum Beispiel mit Löschflugzeugen“, forderte Ebner.

Zudem mahnte der Waldexperte vorbeugende Maßnahmen in der Forstwirtschaft an: „Dazu gehören Schutzstreifen und Waldbrandriegel sowie der Umbau von Monokultur-Nadelwäldern hin zu Mischwäldern, die weniger brandgefährdet und außerdem ökologisch viel vorteilhafter sind.“

<https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Gruene-fordern-besseren-Schutz-gegen-Waldbraende>

Für den Fall großer Waldbrände braucht es bundesländerübergreifende Katastrophenpläne, ausreichende Spezialisten und eine gute Ausrüstung zum Beispiel mit

Löschflugzeugen. Doch genauso wichtig wie eine Waldbrandstrategie ist Waldbrand-Prävention: Dazu gehören Vorsorgemaßnahmen wie Schutzstreifen und Waldbrandriegel sowie den nachhaltigen Umbau der Wälder insbesondere nach Sturmschäden von Monokultur-Nadelwäldern hin zu artenreichen Mischwäldern. Diese sind weniger brandgefährdet und zudem ein Gewinn für die Artenvielfalt.

<https://annalena-baerbock.de/2018/08/04/aktionsplan-klimafolgen>



2019	
<p>Eine Möglichkeit stellt die Anlehnung der Entschädigungsleistungen an die Formel für die Sicherheitsbereitschaft abzüglich der Kosten für die Reservehaltung dar. Die Vergütung der Sicherheitsbereitschaft besteht aus zwei Komponenten: Den entgangenen Deckungsbeiträgen am Strommarkt für 4 Jahre und den Kosten der Reservevorhaltung über 4 Jahre.</p> <p>[...]</p> <p>Zusätzlich sind gegebenenfalls die mit den Tagebauen verbundenen Kosten zu beachten.</p> <p><i>Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (26. Januar 2019)</i> <a href="https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf">https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf</a></p>	<p>Eine Möglichkeit bietet in Anlehnung der Entschädigungsleistungen die Formel für die Sicherheitsbereitschaft abzüglich der Kosten für die Reservehaltung. Sie besteht aus zwei Komponenten: Den entgangenen Deckungsbeiträgen am Strommarkt für vier Jahre und den Kosten der Reservevorhaltung über vier Jahre. Zusätzlich sind ggf. die mit den Tagebauen verbundenen Kosten zu berücksichtigen.</p> <p>„10-Punkte Fahrplan“ von Baerbock (16. April 2019) <a href="https://www.gruene.de/artikel/10-punkte-fahrplan-kohleausstieg-rechtsverbindlich-einleiten">https://www.gruene.de/artikel/10-punkte-fahrplan-kohleausstieg-rechtsverbindlich-einleiten</a></p>



Bei Anlagen, die zum Zeitpunkt der Stilllegung jünger als 25 Jahre sind, greift diese Degression nicht. Die Entschädigung muss beihilferechtlich zulässig ausgestaltet werden. Anlagen, bei denen die Umstellung von Kohle auf emissionsarme Brennstoffe überwiegend im Rahmen des KWKG finanziert wird, erhalten keine zusätzliche Entschädigungsleistung.

Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (26. Januar 2019)

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf>

Für Kraftwerke, deren Betriebsdauer zum Zeitpunkt ihrer Stilllegung weniger als 25 Jahre beträgt, sind Entschädigungen im Lichte des Kommissionsberichts zu prüfen.

[...]

Die Entschädigung ist beihilferechtlich zulässig auszugestalten. Anlagen, bei denen die Umstellung von Kohle auf emissionsarme Brennstoffe überwiegend im Rahmen des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG) finanziert wird, erhalten keine zusätzliche Entschädigungsleistung.

„10-Punkte Fahrplan“ von Baerbock (16. April 2019)

<https://www.gruene.de/artikel/10-punkte-fahrplan-kohleausstieg-rechtsverbindlich-einleiten>

2020



Im Flüchtlingscamp Moria leben 20.000 Menschen im Dreck. Traumatisierte Kinder spielen zwischen Müllbergen und frieren nachts in unbeheizten Zelten.

*Ulrich Schulte: "GroKo springt zu kurz", taz (9. März 2020)*  
<https://taz.de/Koalitionsausschuss-zu-Gefluechteten/!5670103>

In Moria auf Lesbos leben 20 000 Menschen im Dreck, ausgelegt war das Lager für 3 000 Menschen. Traumatisierte Kinder spielen zwischen Müllbergen, etliche sind suizidgefährdet.

*Rede im Bundestag (12. März 2020)* <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/grenzen>





Nach momentanem Erkenntnisstand übertragen überwiegend Erwachsene das Corona-Virus untereinander oder auf Kinder. Eine Ansteckung von Kind zu Kind findet eher nicht statt. Deshalb ist es wichtig, Schutzbestimmungen vorrangig auf Erwachsene anzuwenden, also auch auf die Mitarbeiter\*innen in den Kitas. Wir empfehlen deshalb bis auf weiteres, dass maximal drei Erwachsene gleichzeitig in einem Kita-Raum sein dürfen und das Abstandsgebot zwischen ihnen einzuhalten ist. Eltern müssen während ihrer Anwesenheit in der Kita einen Mundschutz tragen.

*Deutscher Kitaverband: Positionspapier (27. Mai 2020)*

<https://docplayer.org/docview/110/190517057/#file=/storage/110/190517057/190517057.pdf>

Nach momentanem Erkenntnisstand sind Kinder keine Treiber des Infektionsgeschehens. Es übertragen überwiegend Erwachsene das Corona-Virus untereinander oder auf Kinder. Eine Ansteckung von Kind zu Kind und von Kind auf Erwachsene findet eher selten statt.

- Deshalb ist es wichtig, Schutzbestimmungen vorrangig auf Erwachsene anzuwenden, also auf die Mitarbeiter\*innen in den Bildungseinrichtungen und die Eltern. Das heißt, es sollte gewährleistet werden, dass Abstandsregeln zwischen ihnen eingehalten werden können. Eltern müssen dafür sensibilisiert werden.

*Papier von Baerbock (10. Juni 2020)*

<https://www.annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2020/06/hier.pdf>



Fast zwei Jahrzehnte lang haben wir in Deutschland in erfreulicher Geschwindigkeit und auch mit viel Geld die erneuerbaren Energien ausgebaut. Damit haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass Strom aus Sonne und Wind heute sehr günstig zu haben ist und weltweit boomt.

Und gerade jetzt, da die Früchte geerntet werden können, irrt die Bundesregierung umher und arbeitet sich an Problemen von gestern ab, anstatt Lösungen für morgen zu entwickeln.

*Ralf Schmidt-Pleschka im Interview bei klimareporter (19. Juli 2020)*  
<https://www.klimareporter.de/strom/umherirrende-regierung-neue-oeko-power-und-ein-dreistes-ministerium>

Zwei Jahrzehnte lang haben wir in Deutschland in erfreulicher Geschwindigkeit die Erneuerbaren Energien ausgebaut. Damit haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass Strom aus Sonne und Wind heute sehr günstig zu haben ist und weltweit boomt.

Doch seit einigen Jahren ist ausgerechnet der Ausbau in Deutschland ins Stocken geraten, weil die Bundesregierung irrlichtert.

*Beitrag Baerbock (30. Oktober 2020)*

<https://annalena-baerbock.de/2020/10/30/eeg-novelle-als-sprungbrett-fuer-die-klimaneutrale-energieversorgung-nutzen>



Mit dem unzureichenden Bildungsangebot in der Corona-Krise wird ein Kernversprechen unserer Republik – nämlich das von Chancengleichheit und der Möglichkeit zum sozialen Aufstieg – noch stärker verletzt als ohnehin schon.

*Kommentar von Tobias Peter: „Corona-Krise: Das muss sich an unseren Schulen endlich ändern“, RND (8. September 2020)*  
<https://www.rnd.de/politik/corona-krise-das-muss-sich-an-unsere-schulen-endlich-andern-7ARTBDKDUZAVDAQ557HJZEHNYM.html>

Kinder in dieser Phase von ihren Eltern und Geschwistern zu isolieren, ist eine Form psychischer Gewalt.

*Heinz Hilgers zitiert in TAZ (20. August 2020)*  
<https://taz.de/Quarantaeneregeln-fuer-Kinder/!5702782/>

Mit dem unzureichenden Bildungsangebot in der Corona-Krise wird aber ein Kernversprechen unserer Republik – nämlich das von Chancengleichheit – noch stärker verletzt als ohnehin schon.

*Baerbocks „8-Punkte-Plan“ (13. November 2020)*  
<https://annalena-baerbock.de/2020/11/13/8-punkte-plan-sichere-bildung-in-der-krise>

Kinder in einer solchen Situation von ihren Eltern und Geschwistern isolieren zu wollen, ist eine Form psychischer Gewalt.

*Baerbocks „8-Punkte-Plan“ (13. November 2020)*  
<https://annalena-baerbock.de/2020/11/13/8-punkte-plan-sichere-bildung-in-der-krise>



<p>Pro Schulträger sollte in Abhängigkeit von der Anzahl zu betreuender Schüler und Lehrer ein vernünftiger Schlüssel an IT-Fachkräften eingesetzt werden. Hier empfehlen wir eine Vollzeitstelle pro 1000 Anwender. Zudem müssen geeignete Verwaltungstools und Hardwarelösungen ausgewählt werden, die den Service und Support auch aus der Ferne sicherstellen. Das IT-Personal könnte Schulleitungen in der momentanen Phase beim Erwerb von Lizenzen beraten, Lernplattformen für den digitalen Fernunterricht vorbereiten und für einen einwandfreien technischen Ablauf sorgen. Einschlägige Programme würden es sogar ermöglichen, eine Fernwartung der Schülergeräte zu Hause vorzunehmen.</p> <p><i>Stellungnahme: „Akuter Handlungsbedarf für Schul- und Weiterbildung in Zeiten der Corona-Pandemie“, Bitkom (2. April 2020) <a href="https://www.bitkom.org/sites/default/files/2020-04/20200402_bitkom-stellungnahme_akuter-handlungsbedarf-schul-und-weiterbi.pdf">https://www.bitkom.org/sites/default/files/2020-04/20200402_bitkom-stellungnahme_akuter-handlungsbedarf-schul-und-weiterbi.pdf</a></i></p>	<p>Pro Schulträger sollte in Abhängigkeit von der Anzahl zu betreuender Schüler*innen und Lehrkräfte ein vernünftiger Schlüssel an IT-Fachkräften eingesetzt werden, beispielsweise eine Vollzeitstelle pro 800 Benutzer*innen. Zudem müssen geeignete Verwaltungstools und Hardwarelösungen ausgewählt werden, die den Service und Support auch aus der Ferne sicherstellen. Die DAPs könnten Schulleitungen in der momentanen Phase beim Erwerb von Lizenzen beraten, Lernplattformen für den digitalen Fernunterricht vorbereiten und für einen einwandfreien technischen Ablauf sorgen. Einschlägige Programme würden es ermöglichen, eine Fernwartung der Schülergeräte von zu Hause vorzunehmen.</p> <p><i>Baerbocks „8-Punkte-Plan“ (13. November 2020) <a href="https://annalena-baerbock.de/2020/11/13/8-punkte-plan-sichere-bildung-in-der-krise">https://annalena-baerbock.de/2020/11/13/8-punkte-plan-sichere-bildung-in-der-krise</a></i></p>
<p><b>2021</b></p>	



<p>It powerfully captures two basic truths, which are at the core of his plan: (1) the United States <b>urgently needs to embrace greater ambition on an epic scale to meet the scope of</b> this challenge, and (2) our environment and our economy are completely and totally connected.</p> <p><i>Joe Biden: "The Biden Plan for a clean Energy Revolution and Environmental Justice" (2021)</i> <a href="https://joebiden.com/climate-plan">https://joebiden.com/climate-plan</a></p>	<p>We <b>urgently need to embrace greater ambition on an epic scale to meet the scope of</b> the problems.</p> <p><i>Baerbock: Homepage (2021)</i> <a href="https://annalena-baerbock.de/en">https://annalena-baerbock.de/en</a></p>
<p><b>Die</b> Berliner Mauer <b>war der in Beton gegossene Kalte Krieg.</b></p> <p><i>n-tv: „13. August 1961: Die DDR sperrt ihre Bürger ein“ (13.8.2021 07:52)</i> <a href="https://www.n-tv.de/mediathek/bilderserien/politik/13-August-1961-Die-DDR-sperrt-ihre-Buerger-ein-article6954231.html">https://www.n-tv.de/mediathek/bilderserien/politik/13-August-1961-Die-DDR-sperrt-ihre-Buerger-ein-article6954231.html</a></p>	<p><b>Die</b> innerdeutsche Grenze <b>war der in Beton gegossene Kalte Krieg.</b></p> <p><i>Baerbock: Tweet (13.8.2021 10:53)</i> <a href="https://twitter.com/abaerbock/status/1426104643076214786">https://twitter.com/abaerbock/status/1426104643076214786</a></p>